

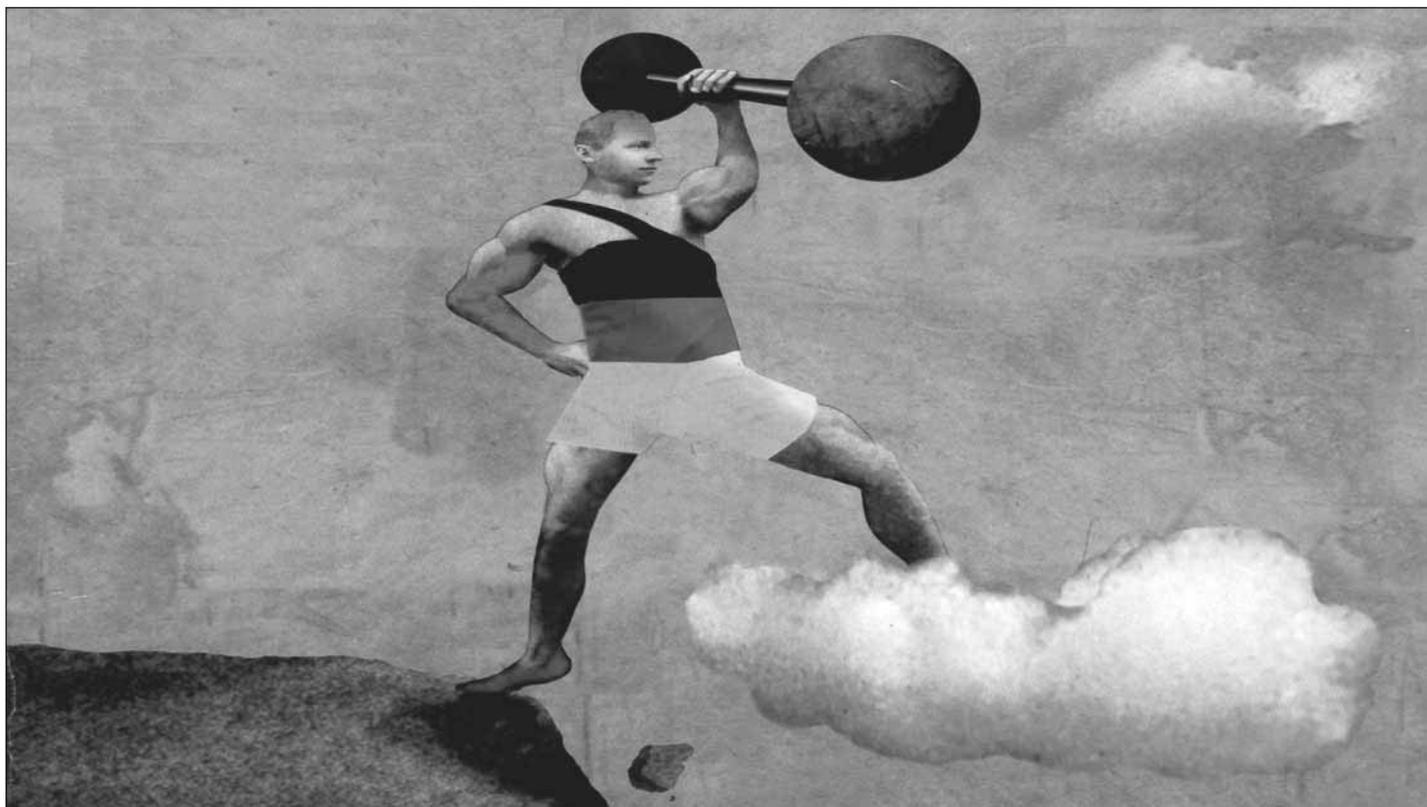
»Der Finanzmarktkapitalismus ist stabiler, als wir dachten«

Gespräch mit Hans-Jürgen Urban über strategische Herausforderungen und Defizite der Gewerkschaften

Sozialismus: Gewerkschaftliches Handeln findet gegenwärtig in der tiefsten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression der 1930er Jahre statt. In Deutschland konnte die soziale Wucht dieser historischen Zäsur zunächst abgefedert werden: auf Kosten der Leiharbeitskräfte, durch Nutzung der Arbeitszeitflexibilisierung und Hochfahren der Kurzarbeit auf über 1,2 Millionen. Doch diese Krisenstufe geht ihrem Ende entgegen. Martin Kannegießer, Präsident von Gesamtmetall, hat ange-

kündigt, dass spätestens im Herbst Entlassungen in größerem Umfang anstehen. Entspricht das auch den Einschätzungen der IG Metall: nach der ökonomischen nun die soziale Krise?
Hans-Jürgen Urban: Ich befürchte: Ja! Auch wenn von etlichen Wirtschaftsforschungsinstituten und den Akteuren jener Finanzmärkte, die vor einigen Monaten noch vor dem Kollaps

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Mit ihm diskutierten Frank Deppe und Richard Detje.



(Karikatur: Economist)

standen, die Erwartung geäußert wird, dass der Tiefpunkt der Krise erreicht sei. Selbst wenn das der Fall sein sollte, bedeutet das Bodenbil-

dung bei einem Rückgang des BIP um 6% und einer Schrumpfung der Metall- und Elektroindustrie um bis zu 30%. Ohne Perspektive auf einen schnellen Aufschwung: denn weder die Investitionstätigkeit, noch die Exportmärkte, noch die privaten Nachfrage geben das her.

Vor dem Hintergrund dieser Stagnationsperspektive konkretisieren die Unternehmen ihre Krisenüberwindungsstrategien: Liquiditätsbeschaffung, Kostensenkung, Restrukturierung – und vor allem: Reduzierung der Personalkosten. Darauf drängen vielfach vor allem die Banken. Das könnte sich schnell zu einem beschäftigungspolitischen Tsunami auswachsen.

Prognosen gehen für das kommende Jahr von rund 5 Millionen registrierten Arbeitslosen aus.

Nicht minder bedrückend ist die mittlere Frist. Die Stagnation dürfte erneut den Sockel an Massenarbeitslosigkeit steigen lassen. Deshalb ist es kurzfristig wichtig, die bisherigen Instrumente – Kurzarbeit, Arbeitszeitkonten und tarifliche Arbeitszeitverkürzung – weiter auszuschöpfen und ein drittes Konjunkturprogramm mit deutlichen Wachstumsimpulsen aufzulegen.

Neue Etappe des Finanzmarktkapitalismus?

Wofür die politische Unterstützung fehlt. Nachdem die öffentlichen Kassen für die Finanzmarktstabilisierung geleert wurden, wird nun zu Austeritätspolitik umgeschaltet und auf die Schuldenbremse getreten.

Deshalb stehen wir vor grundlegenden politischen und sozialen Auseinandersetzungen. Steinbrück hat ja nicht aus Jux gesagt: »Es wird erhebliche Verteilungskonflikte geben.«

Aber ich will auf einen anderen, bisher wenig diskutierten Punkt hinweisen. In den Unternehmen ist die Shareholder-Value-Orientierung zwar legitimatorisch angeknackst, aber längst nicht überwunden. Gewerkschaften werden gewaltige Probleme haben, dem drastischen Beschäftigungsabbau wirksam entgegen zu treten, wenn sie nicht einen Schritt nach vorne gehen und um eine Neuausrichtung der Unternehmensführung und -strategien kämpfen. Ziel muss es sein, die Unternehmen aus der Diktatur der Kapitalmärkte zu befreien.

Das müsste begleitet sein von einer umfassenden Re-Regulierung und Umverteilung zulasten der Finanzmärkte. Was wir gegenwärtig jedoch beobachten ist eine noch stärkere Kapitalkonzentration: So wie in den USA die angeschlagene Bank of America u.a. Merrill-Lynch und La Salle Bank übernommen hat, haben sich hierzulande die Deutsche Bank die Postbank und die Commerzbank mit öffentlicher Unterstützung die Dresdner Bank einverleibt. Die Labilität im System verschwindet nicht, sondern droht auf eine neue Stufe gehoben zu werden. Was wären die Folgen?

Ich gehe erstens davon aus, dass sich die Verhaltensweisen von Finanzinvestoren gegenüber den Unternehmen radikali-

sieren werden. Um ihre Verluste und Abschreibungen auszugleichen, werden sie verstärkt Druck in Richtung höherer Renditen und Ausschüttungen machen, um noch mehr aus der realen Wertschöpfung abzuschöpfen. Zweitens werden die Versuche aggressiver werden, die Bereiche der Sozialen Sicherung zu Feldern der privaten Kapitalverwertung zu machen. Ich rechne mit einer Offensive aus den Finanzmärkten, z.B. noch stärker in die Alterssicherung einzusteigen, auch wenn sich das Prinzip der Kapitaldeckung infolge der Finanzmarktkrise eigentlich blamiert und diskreditiert hat. Das wäre dann ein besonders aparter Treppenwitz der Krisengeschichte. Und drittens wird es einen Suchprozess nach neuen Spekulationsfeldern geben, beispielsweise auf den Rohstoffmärkten oder im Emissionshandel. Da steht uns noch einiges bevor.

Noch im Frühjahr diesen Jahres schien es unter den maßgeblichen politischen Akteuren ein Bewusstsein von der Notwendigkeit einer Re-Regulierung der Finanzmärkte zu geben – mit entsprechenden Verabredungen beim G20-Gipfel in London. Doch daraus ist bis heute wenig gefolgt. Die Herrschaftskonstellationen in den Machtblöcken scheinen sich wieder zugunsten der Finanzmarktakteure zu konsolidieren und die gesellschaftlichen Lernprozesse erweisen sich als äußerst begrenzt. Ich befürchte, dass der Finanzmarktkapitalismus viel stabiler ist, als wir das noch vor ein paar Monaten dachten. Wir erleben gegenwärtig, wie besonders irrationale Übertreibungen korrigiert werden, aber mit dem Effekt, dass sich die Mechanismen des Finanzmarktkapitalismus erneut entfalten können. Es ist weder ein Ende der Shareholder-Value-Orientierung in Sicht, noch des Investmentbanking oder der fiktiven Wertschöpfung über strukturierte Finanzprodukte. Und damit bleiben auch die Risiken für Gesellschaft und Realökonomie.

Auch in den Gewerkschaften mangelt es an Einsicht in die Ursachen, Dimensionen und Mechanismen der Krise. Und damit begreifen wir nur unzureichend, wie sich die Handlungsbedingungen für gewerkschaftliche Interessenpolitik in den Feldern der Arbeits-, Unternehmens- und Tarifpolitik, aber auch der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik grundlegend und dauerhaft verändern. Manche hoffen im Stillen, die Krise ließe sich mehr oder weniger aussitzen. Wer so denkt, braucht Strategien des Überwinterns, aber keine Strategiedebatte über eine umfassende Revitalisierung der Gewerkschaften unter grundlegend veränderten Bedingungen. Das ist gefährlich.

Ein Akkumulationsregime auf der Grundlage der berühmten Ackermanschen 25% Eigenkapitalrendite kann es nur geben bei enormer Umverteilung – David Harvey spricht von einer »Akkumulation durch Enteignung« – sowie einer enormen privaten und öffentlichen Verschuldung. Deine These einer drohenden Radikalisierung der Shareholder-Value-Orientierung, der Privatisierung und erneuten Spekulation bei gleichzeitiger krisenbedingten Schwächung des Realkapitals beschreibt eine ökonomisch wie sozial äußerst instabile Situation.

Der Finanzsektor kollabiert nicht, er externalisiert seine Krisenkosten und wälzt sie auf die Gesellschaft ab. Dadurch gewinnt das Finanzsystem – zumindest vorläufig – erneut an Stabilität und Rentabilität, wobei die Kernmechanismen der



Foto: Wolfgang Roloif

die eigentlich anstehende Umverteilung zugunsten der Arbeits- und Sozialeinkommen und der Realökonomie nicht angehen werden, braucht es nicht viel Fantasie um vorherzusagen, was kommt: eine Agenda 2020, die bei Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnern das einsammeln will, was man ins Finanzsystem gepumpt hat. Das kann über sehr unterschiedliche Wege geschehen: höhere Konsum- und Umsatzsteuern, gekürzte Leistungen und höhere Privatvorsorge und Selbstbeteiligung bei den Sozialversicherungen etc. Mitunter geht das Ganze auch Umwege. Beispiel Arbeitslosenversicherung: Dort treibt man die Bundesagentur für Arbeit durch Absenkung des Beitragsatzes ins Defizit und der Staat stellt der BA lediglich Kredite zur Überbrückung zur Verfügung. Die so anwachsende eklatante Verschuldung kann dann schnell zur öffentlichen Skandalisierung einer vermeintlich ineffizienten sozialstaatlichen Institution missbraucht werden – und anschließend zur Rechtfertigung für weiteren Leistungsabbau. Ein weiterer Weg könnte darin bestehen, die Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen in sehr viel größerem Umfang mit Gebühren zu belegen – Stichwort Studiengebühren.

Das wäre ein Sozialstaatsmodell, das sich weit von garantierten Ansprüchen auf Lebensstandardsicherung entfernt hat und prekären Grundsicherungsmodellen anpasst?

Das wäre ein zweigeteilter Sozialstaat mit einem umlagefinanzierten Grundsockel, der deutlich unter heutigen Leistungs-niveaus maximal Subsistenzsicherung ist, und darauf aufbauend ein über so genannte Wohlfahrtsmärkte organisierter Bereich, in dem private Akteure die soziale Wohlfahrtsproduktion profitgesteuert organisieren. Von der Finanzierung dieses zweiten Bereichs sind die Unternehmen gänzlich entlastet, die Belastung liegt allein auf Seiten der abhängig Beschäftigten. Das kann dann mit einer Neuauflage der Philosophie des aktivierenden Sozialstaats einhergehen. Aktiviert wird nicht Gegenmacht gegen die Maßlosigkeit der Finanzmärkte und Solidarität mit den Krisenopfern, sondern aktiviert werden sollen Hartz IV-Empfänger, weil sich die Gesellschaft ihre Passivität finanziell angeblich nicht leisten kann. Das ist zwar zynisch, aber leider keineswegs unwahrscheinlich.

Zusammengefasst bedeutet das, dass es unter einem radikalisierten Druck der Finanzmärkte sehr schwierig werden wird, Erfolge in der Primärverteilung – in den tariflichen Konflikten um Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen – durchzusetzen. Gleichzeitig droht eine massive Umverteilung in der Sekundärverteilung. Heißt das: Gewerkschaften können sich nicht in die Schützengräben ihrer Kernfeldaktivitäten eingraben, sondern müssen sich sehr viel stärker in die Verteilungsauseinandersetzungen im Steuer- und Sozialstaat einmischen? Das ist eine Konstellation, die die Gewerkschaften strategisch noch nicht hinreichend bearbeitet haben. Selbstverständlich müssen wir in den Betrieben und Branchen alles daran setzen, möglichst viel Beschäftigung zu halten, den Absturz der Lohnquote zu stoppen und Lohnkürzungen zu verhindern. Und in den betrieblichen Restrukturierungsprozessen müssen

fiktiven Wertschöpfung unangetastet bleiben. Da dazu aber Billionen von Steuergeldern herangezogen werden, setzt diese Art der temporären Krisenbewältigung auf Umverteilung in geradezu historischen Dimensionen: Die Ansprüche der Geldvermögensbesitzer auf künftigen gesellschaftlichen Reichtum werden gestützt aus der Besteuerung – und damit der Belastung – der Masseneinkommen. Umverteilung pur! Auch das wird realwirtschaftlich die Binnenökonomie strangulieren und als Wachstumsbremse wirken.

Wann die nur geparkten Widersprüche erneut aufbrechen, kann niemand sagen. Vielleicht bereits im kommenden Jahr mit einer erneuten Krisenverschärfung, oder erst in einem neuen Krisenzyklus. Wie auch immer, ich sehe jedenfalls keine Überwindung des Finanzmarktkapitalismus mit seinen Krisen und obszönen Ausbeutungs- und Verteilungsverhältnissen.

Neue Verteilungsauseinandersetzungen

Was heißt Radikalisierung gegenüber dem Sozialstaat? Steht nach der Ablösung wohlfahrtsstaatlicher Politik durch ein wettbewerbsstaatliches Regime hier möglicherweise ein qualitativer Bruch an?

Die Übernahme der Krisenlasten durch die öffentliche Hand reißt Riesenhöcher in die öffentlichen Haushalte und die Folgen der realwirtschaftlichen Krise verschärfen die Defizite in den Sozialkassen. Spätestens nach der Bundestagswahl wird sich die Frage stellen, wie diese Defizite ausgeglichen werden sollen. Und da die zu erwartenden Koalitionen vermutlich

die Interessen der lebendigen Arbeit gegen den zu erwartenden Leistungs- und Rationalisierungsdruck verteidigt werden. Aber die verteilungspolitischen Erfolge auf dieser Ebene werden noch geringer als in der Vergangenheit ausfallen.

Ich bin in der Tat der Auffassung, dass die Sekundärverteilung erheblich an Bedeutung gewinnen wird – und dass die Gewerkschaften darauf bisher nicht ausreichend vorbereitet sind. Ob die längst überfällige verteilungspolitische Wende gelingt, wird vor allem in den Arenen der Sekundärverteilung entschieden werden: in der Steuerpolitik, in den Sozialversicherungssystemen und in der Gewährleistung öffentlicher Güter – von Studiengebühren bis zu den Preisen des öffentlichen Nahverkehrs.

Umbau der Industrie – strukturpolitische Leerstelle?

Der IG Metall drücken infolge der Krise noch andere Probleme. Mit dem Erschöpfen der USA als consumer of last resort ist das Exportmodell der deutschen Wirtschaft in Frage gestellt. Mehr noch: In Frage steht die bisherige auf den Dollar ausgerichtete Weltwirtschaftsordnung bei einer sich verstärkenden Verschiebung der ökonomischen Gewichte nach Ostasien, insbesondere China. Für Industriegewerkschaften steht die Zukunft weiterer Bereiche der industriellen Wertschöpfung auf der Tagesordnung.

Seit vielen Jahren gibt es eine Diskussion, wie der vergleichsweise hohe Anteil industrieller Produktion im deutschen Entwicklungsmodell zu bewerten ist. Unrecht hatten m.E. jene, die hierin einen Modernisierungsrückstand auf dem Weg in eine postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft gesehen haben. Tatsächlich spiegelt sich darin die besondere Wettbewerbsstärke der deutschen Industrie wider. In den Auftrags- und Umsatzeinbrüchen der Metall- und Elektroindustrie zeigt sich jetzt, dass dieses Modell in eine tiefe Krise geraten und auch in den nächsten Jahren nicht einfach zu rekonstruieren ist. Insofern haben wir es auch mit einer Krise des industriellen Entwicklungsmodells in Deutschland zu tun. An drei Indikatoren kann man das festmachen: Erstens an der überzogenen Exportorientierung, hier wird es zukünftig vermutlich größeren Widerstand gegen eine beggar-my-neighbour-Politik geben, weil krisengebeutelte Ländern es auf Dauer nicht hinnehmen können, dass Deutschland sich ihrer Nachfrage bedient, während der eigene Binnenmarkt aufgrund von Lohndumping und Sozialabbau verdorrt. Zweitens haben wir es mit einer grundlegenden Krise der energetischen Basis der Produktion und der ökologischen Verträglichkeit der Produkte zu tun. Und drittens zeigt die Erosion von sozialer Sicherheit durch die voranschreitende Prekarisierung, dass das alte fordistisch-tayloristische Modell von Arbeit und Sozialschutz erodiert.

Das bedeutet, dass zusätzlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Arbeitseinkommen und zu den Kämpfen in der Sekundärverteilung ein drittes Kernprojekt auf der Tagesordnung einer offensiven Gewerkschaftspolitik gehört: der sozial-ökologische Industrieumbau. Davon ist die IG Metall besonders betroffen. Wir waren schon einmal weiter als heute. Ich erinnere an das Konzept »Auto, Umwelt und Verkehr«, mit dem die IG Metall Anfang der 1990er Jahre ein integriertes Verkehrskonzept vorgelegt hatte. Das war ein Mobilitätskonzept, indem alle Verkehrsträger ihre Funktion hatten, das sich aber der ökologischen Überlebensfrage der Menschheit stellte.

Hier sind wir konzeptionell zurückgefallen, nicht zuletzt wegen der Herrschaft des Shareholder-Value-Regimes und seinen irrwitzigen und kurzfristigen Renditevorstellungen. Und im Rahmen der Abwrackprämie für die Automobilindustrie ist es nicht gelungen, die Sicherung von Arbeitsplätzen und Standortkapazitäten mit Einstiegen in eine sozialökologische Strukturreform zu koppeln. Die Fortsetzung der Strategie, über Exporterfolge die verkümmerte Binnennachfrage auszugleichen, ist aber nicht nur ökologisch blind, sie ist auch sozial nicht nachhaltig. Sie treibt die cost-cutting-orientierte Restrukturierung in den Betrieben an, um die Produktivität weiter zu erhöhen, und Kosten, vor allem Arbeitskosten, massiv zu drücken. Dieser Strategiepfad verstärkt den Druck auf Lohn- und Sozialstandards erheblich. Wenn wir Freiräume für eine andere Politik in den Betrieben kriegen wollen, müssen wir beginnen, uns von dieser Logik zu verabschieden.

Ossietzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.
Informativ, knapp und klar: *Ossietzky*

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich:

Jahresabo/Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-),
Halbjahresabo/Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
Halbjahresförderabo € 75,-

Vorname/Name

Adresse

Datum/Unterschrift

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Dietrich Kittner.
Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

Verlag Ossietzky GmbH
Fax 0511 - 21 55 126 · ossietzky@interdruck.net
www.ossietzky.net

Passivitätskrise

Es geht um die Verknüpfung von Antikrisenpolitik mit gesellschaftlich legitimierter Strukturpolitik. Doch darüber findet gegenwärtig in der IG Metall so gut wie keine Verständigung statt – im Unterschied auch zu den struktur- und beschäftigungspolitischen Auseinandersetzungen im Kontext der Werften- und Stahlkrise in den 1980er Jahren. Unser Eindruck: Die IG Metall konzentriert sich einerseits auf gesamtwirtschaftliche Stabilisierung – Stichwort Konjunkturprogramm III – und andererseits auf einzelbetriebliche Notfallhilfe. Und der Druck aus den Belegschaften in den Betrieben scheint nicht so zu sein, eine Neuverständigung über beschäftigungsorientierte, investitionslenkende Strukturpolitik zu erzwingen. Wie erklärt Du letzteres?

Die Gewerkschaften – das gilt nicht nur für die IG Metall – befinden sich zurzeit in einer Situation, die man in Anlehnung an Richard Sennett als »Passivitätskrise« bezeichnen könnte. Ein Zustand, in dem die Gewerkschaften nicht hinreichend in der Lage sind, strategisch nach vorne zu agieren, obwohl die Handlungs- und Erfolgsbedingungen der bisherigen Politik sichtbar erodieren. Wie das zu erklären ist? Erstens ist es die Wucht der Krise, die dazu geführt hat, dass gewerkschaftliche Arbeit vor Ort immer mehr zu einer unverzichtbaren Feuerwehrpolitik geworden ist, konzentriert darauf, die Beschäftigungskatastrophe zu verhindern. Das hat fast alle Ressourcen gebunden. Zweitens hat der vergleichsweise geringe Gegenruck aus den Belegschaften damit zu tun, dass es bis heute eine deutliche Diskrepanz zwischen öffentlichem Krisenbewusstsein und individueller Krisenbetroffenheit und vor allem: subjektivem Krisenempfinden gibt. Bislang hat Arbeitsplatzsicherung für Kernbelegschaften weitgehend geklappt, ohne größere Unzufriedenheit und Auflehnungsbereitschaft entstehen zu lassen. Und drittens – auch das gehört dazu – haben die Gewerkschaften es in einem gewissen Sinne verlernt, strategisch zu denken und einzelne Politikfelder in einer Gesamtstrategie zusammen zu binden. Letzteres hat damit zu tun, dass man sich in den letzten Jahren sehr stark in einem politischen Pragmatismus geübt hat, der ja keineswegs ohne Erfolge gewesen ist. Er hat aber auch die analytischen Kapazitäten und das Bewusstsein verkümmern lassen, dass wir in einer Umbruchphase des Kapitalismus leben, in der grundlegende Weichenstellungen anstehen.

Die in den nächsten Monaten rapide steigende Massenarbeitslosigkeit wird das Krisenbewusstsein verändern. Darauf müssen sich Gewerkschaften jetzt einstellen.

Und zwar mit offensiven arbeits- und beschäftigungspolitischen Gegenkonzepten. Tun sie das nicht, wächst die Gefahr, dass sich unter dem Krisendruck in den Unternehmen »Überlebensgemeinschaften« aus Unternehmensleitungen, Belegschaften, betrieblicher Interessenvertretung und manchmal örtlicher Politik bilden. In diesen Verbänden geht es vor allem um schnelle Liquidität und Wettbewerbsvorteile für das jeweilige Unternehmen, um zumindest kurzfristig Beschäftigung zu sichern. Aber auf Dauer wird diese Strategie nicht gut gehen, vor allem koppeln sich diese Überlebensgemeinschaften früher

oder später von den Gewerkschaften ab, die notwendigerweise immer auch überbetriebliche Aspekte und die Interessen anderer Belegschaften mit ins Spiel bringen müssen. Aber ohne die Belegschaften und Interessenvertretungen hängt eine Gewerkschaftsstrategie, die auf die Veränderung der überbetrieblichen Strukturen, z.B. der ganzen Branche, orientiert, quasi in der Luft. Sie muss auf die Mobilisierung in den Betrieben aufsetzen können und damit Energie und potenzielle Durchsetzungsmacht generieren. Deshalb meine ich: Schon aus organisationspolitischen Gründen müssen wir mit offensiveren, überbetrieblichen Gegenkonzepten auf die betriebliche Krise antworten.

Ist es nicht eine Überlastung der Gewerkschaften, wenn wir ihnen auch noch die Klärung der Perspektiven aus der großen Krise des Finanzmarktkapitalismus zuweisen? In der alten Arbeiterbewegung war dies die Aufgabe der politischen Parteien. In Großbritannien und in Frankreich beobachten wir heute eine Radikalisierung unmittelbarer Interessenkämpfe. Die sind zumeist defensiv – wenn es beispielsweise um die Durchsetzung von Abfindungen bei Entlassungen geht. Sie könnten möglicherweise aber auch eine gesellschaftliche Klimaveränderung anstoßen, in der Frage, wie die Kontrolle des Finanzsektors oder eine neue Rolle des Staates neu diskutiert werden

Das Gefühl, überfordert zu sein, ist weit verbreitet – in den Betrieben wie in den gewerkschaftlichen Apparaten. Nach dem Bruch zwischen einer Mehrheit der DGB-Gewerkschaften und der Dritten-Weg-Sozialdemokratie, also der Agenda 2010-SPD, führt das Überforderungsgefühl seit geraumer Zeit zu einem neuen, allerdings bisher unterschweligen Strategiekonflikt. Es gibt in den Gewerkschaften eine stille Sehnsucht nach der Erneuerung der Ehe mit der Sozialdemokratie. Diese Sehnsucht geht mit einem Politikkonzept einher, das darauf setzt, nach dem Prinzip des politischen Tauschs Geschäfte auf Gegenseitigkeit zu machen. Gewerkschaften verpflichten sich, Parteien vor und während der Wahlen bei der Mobilisierung ihres Wählerpotenzials zu helfen und erhalten als Gegenleistung die eine oder andere wirtschafts-, steuer- und arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Diese Vorstellung eines erneuerten korporatistischen Bündnisses ist weiter verbreitet als das nach außen wahrnehmbar ist. Eine zweite Strategielinie argumentiert dezidiert dagegen und setzt auf den Austausch des strategischen Partners – sprich auf die Linke – als Alternative zu einer reetablierten privilegierten Partnerschaft mit der SPD. Die Partnerwahl ist eine andere, die Grundkonstruktion weitgehend identisch.

Ich halte beides für Sackgassenstrategien. Schon aus einem ganz simplen Grund: Ich sehe auf absehbare Zeit keine Konstellation, in der beide Parteien willens oder fähig wären, diese Rolle zugunsten der Gewerkschaften zu spielen. Das bedeutet, dass die Gewerkschaften erneut und kurzfristig die Frage ihrer Positionierung gegenüber den Parteien diskutieren müssen. Und dass sie neu definieren müssen, was unter Krisenbedingungen gewerkschaftliche Autonomie heißen kann. Es geht um die Neudefinition eines politischen Mandats!

Mosaiklinke und Wirtschaftsdemokratie

Damit sind wir beim Thema Postdemokratie – der Entleerung demokratischer Institutionen so weit, dass sie zu leeren Hüllen verkommen. Der Machtgewinn von Lobbyverbänden des Kapitals geht einher mit der Erosion der institutionellen Machtressourcen der Gewerkschaften. Im Resultat verkehren sich allerdings wiederum die Verhältnisse: Ende des 20. Jahrhunderts ist – wie Colin Crouch bilanziert – die Arbeiterbewegung der große Verlierer. Kennzeichen der Postdemokratie ist eine tiefe Krise und Diskreditierung des repräsentativen Systems der Parteiendemokratie. Demgegenüber findet – bei aller Schwäche – eine Aufwertung der Gewerkschaften als primäre Interessenvertretung gegenüber den politischen Parteien statt.

Nun ja, gerade in postdemokratischen Zuständen ist die Hoffnung auf eine Partei als politischem Arm der Gewerkschaften illusionär. Und auch das Konzept einer Avantgardepartei ist seit langem gescheitert. Wir stehen also vor einer neuen Debatte über die Formierung eines historischen Blocks progressiver Kräfte, um es mit Antonio Gramsci zu sagen. Und hier setzen die Überlegungen zur so genannten Mosaiklinke an. Die Frage lautet: Wo können Orte entstehen oder erzeugt werden, in denen Debatten stattfinden, die sich zum Ziel setzen, kurzfristige Interessen- und tägliche Abwehrkämpfe zu politisieren und zu einer umfassenderen Strategie der gesellschaftlichen Transformation zusammen zu fassen? Die herkömmlichen Parteien bieten diese Orte bisher ganz offenkundig nicht. Und der kapitalistische Staat wird auch immer weniger Orte zur Verfügung stellen – Stichwort Ökonomisierung der Universitäten, Entmachtung der Parlamente usw. Daran schließt die Frage an: Kann man diese Orte zurückholen in die Gesellschaft, in politische Bewegungen und zivilgesellschaftlich verankerte Organisationen? Dies zu versuchen und zwischen den gesellschaftlichen Akteuren neue politische

Forum Gewerkschaften

Diskussionszusammenhänge zu organisieren, die die ökonomischen, sozialen und politischen Schlüsselthemen aus unterschiedlichen Interessenbezügen bearbeiten, ist der

Kerngedanke der Mosaiklinken. Zugegebenermaßen eine sehr schwierige, aber m.E. dennoch die aussichtsreichste Unternehmung.

Ist das gekoppelt mit einem früheren Punkt in unserer Diskussion: der Aufwertung der Sekundärverteilung, also der Mobilisierung gesellschaftlicher Bündnisse für die sozialen und politischen Verteilungsaueinandersetzungen?

Dazu ist es – befürchte ich – noch ein sehr weiter Weg. Die Mosaiklinke ist zuerst einmal ein Diskussions- und Kommunikationszusammenhang, kein unmittelbar handlungsfähiger Akteur. Wenn es darum geht, politische Konzepte über die Mobilisierung von Gegenmacht in politischen Auseinandersetzungen umzusetzen, werden die Gewerkschaften ohne eigenständige Machtressourcen und Mobilisierungsbereitschaft nicht auskommen. Es wäre naiv, sich der Vorstellung hinzugeben, die Mosaiklinke sei ad hoc ein homogener, einheitlich handelnder Akteur. Der breite Zuschnitt und das bewusste

Festhalten an Heterogenität gehen zunächst einmal zu Lasten von politischer Handlungsfähigkeit im klassischen Sinne. Aber die Mosaiklinke könnte in der Gesellschaft und in den Institutionen des integralen Staates die hegemonialen Konstellationen bearbeiten und neue Deutungsmuster in die Gesellschaft hineinbringen, die plausibel machen, in welche Richtung der Kampf gehen könnte. In einer Phase bröckelnder, aber noch nicht überwundener neoliberaler Hegemonie wäre das schon viel!

Aber natürlich muss die Macht, die gesellschaftlich mobilisiert wird, letztlich Eingang in die politischen Entscheidungen in den staatlichen Arenen finden. Irgendwann muss in den Institutionen des Staates entschieden werden: Auch linke Alternativen brauchen neue Haushaltspläne, progressive Gesetze usw. Deshalb muss die Formierung einer gesellschaftlichen Mosaiklinken dringlich einhergehen mit Strategien der Demokratisierung des Parlamentarismus, z.B. durch Ausweitung von Elementen direkter Demokratie, um der Verselbständigung und Abschottung des politischen Systems entgegen zu wirken und die Krise der politischen Repräsentation aufzubrechen. Dass Gegenmacht in der Gesellschaft entstehen muss, ist nicht zu bezweifeln, aber verharren darf sie dort nicht.

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, hat die Aufgabe der Krisenbewältigung geradezu hegemonietheoretisch begründet: »Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird nur gelingen, wenn wir die Aufgaben des Staates neu definieren.« Neufestlegung der Staatsaufgaben: Das war der Ausgangspunkt des Neoliberalismus. Für Gewerkschaften muss die Rollendefinition des Staates mit Demokratisierungsimpulsen verbunden sein. Wäre eine Erneuerung wirtschaftsdemokratischer Strategieansätze ein Schlüsselthema der Gewerkschaften in den Debatten einer breiten gesellschaftlichen Linken?

Die Gewerkschaften haben in der Krisengesellschaft nicht zuletzt zwei Aufgaben. Erstens die Mosaiklinke als gegenhegemoniale Bewegung mit zu organisieren und eigene Organisationserfahrungen einzuspeisen. Und zweitens sind sie auch in einer solchen Bewegung die Kraft zur Geltendmachung der unmittelbaren Reproduktionsinteressen der abhängigen Arbeit. Eine solche Politik für Beschäftigung, Einkommen, soziale Sicherheit und ökologische Transformation muss jedoch unbedingt verknüpft werden mit der Veränderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse und Entscheidungsstrukturen. Er geht also um eine Transformationsperspektive, und da kommt die Wirtschaftsdemokratie ins Spiel. Als Strategie, die die Verfügungsgewalt des Kapitals zurückdrängt und die Entscheidungskompetenzen der abhängigen Beschäftigten und der Gesellschaft ausweitet, um die notwendigen Veränderungen auch machtpolitisch realisieren zu können. Denn der Widerstand der wirtschaftlichen und politischen Funktionsebenen, die von den alten Verhältnissen profitieren, wird erheblich sein. Nur über den Weg einer umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und politischen Entscheidungsverfahren werden die Dinge, über die wir diskutiert haben, zu realen Optionen. Demokratisierung wäre somit nicht nur der archimedische Punkt eines solidarischen Auswegs aus der Krise.